

Appell zur Zivilcourage



Über Hass zu schreiben, ohne einfach zu benennen und zu beklagen, ist gar nicht so einfach. Schwierig ist es auch, Antworten zu finden, die über Appelle hinausgehen.

Und doch: Seit den jüngsten Kriegen in Israel und Gaza haben antisemitische Äusserungen in der Schweiz nicht nur erschreckend zugenommen, sie wurden in einer nie dagewesenen Selbstverständlichkeit verbreitet. Die Schreckensherrschaft der IS in Syrien und Irak hat auch den Antiislamismus nicht nur stammitisch-, sondern salonfähig gemacht. Der Hass und die Abscheu richten sich dabei nicht gegen Krieg, Gewalt und Terrorismus, sondern gegen jüdische und muslimische Schweizerinnen und Schweizer. Das ist für die Betroffenen bedrohend, verletzend und verängstigend. Und es ist ebenso gefährlich für unsere gesamte Gesellschaft.

Erschreckend ist dabei vor allem, mit welcher offenen Gewalt solche Aussagen nicht nur in Mails und Briefen, sondern auch in den sozialen Medien und Onlineforen gemacht und durch Kommen-

tare gepflegt werden. Das führt zu einer Gleichgültigkeit und damit Akzeptanz auch gegenüber körperlichen Übergriffen. Dazu gehören auch ausländerfeindliche, rassistische, sexistische und homophobe Attacken. Sie haben ebenfalls zugenommen. Der Klimawandel hin zum Hass hat internationale, aber auch hausgemachte Gründe. In einer politisch geschürten Angst vor allem Fremden, vor Europa, dem Völkerrecht, den Flüchtlingen, gedeiht keine Kultur von Solidarität und Gemeinsinn. Die mediale Treibjagd gegen einzelne Politiker und andere Menschen oder die jüngste Verunglimpfung des Sozialstaats nähren kein Vertrauen ins Miteinander, in den Schutz der Gemeinschaft.

Den schlimmsten Auswüchsen des Hasses ist mit dem Strafrecht zu begegnen. Wieso soll zum Beispiel Hetze gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität nicht strafbar sein? Hier braucht es Verschärfungen im Gesetz und auch in der Anwendung. Das gilt für die Unbelehrbaren, hilft aber nicht für die Masse der Verführbaren. Vorbehalte gegen Andere können nur durch frühe Kenntnisse und Begegnungen verhindert oder zumindest abgebaut werden. Und auch dadurch, dass wer ausgrenzt und spottet, nicht stillen Applaus, sondern laute Ablehnung erfährt. Dazu braucht es Zivilcourage. – Aber auch mehr Achtsamkeit in der Medienöffentlichkeit und in der politischen Auseinandersetzung. So dass wir heute unserer Angst vor Krieg und Gewalt mit einer gemeinsamen und konkreten Solidarität mit all den Opfern und Vertriebenen begegnen könnten. Ja, das ist ein Appell.

Martin Naef

Die Weltlage: So unklar wie nie



Ich verfolge die schweizerische und die internationale Politik aktiv seit Ende der sechziger Jahre. Mich nun zurück erinnernd muss ich heute feststellen: Ich habe noch nie in einer politischen Situation gelebt, die sowohl innen- als auch aussenpolitisch so verworren und unklar war wie die aktuelle. Vom Weltfrieden waren wir seit 1945 noch nie entfernter als heute, die Bedrohungsherde vervielfachen sich. Die Ukraine-Krise und die neue Bedrohung, die vom IS-Staat ausgeht, der sich abzeichnende staatliche Zerfall des Iraks und von Syrien sind auch Ausdruck einer neuen Weltkonstellation, in welcher es keine Führungsmacht mehr gibt. Im Kalten Krieg basierte die Weltordnung auf klaren Fronten. Die nach 1990 entstandene Pax Americana ist offensichtlich zu Ende. Der Ausgang der Krisen ist in beiden Fällen ungewiss, es entsteht beidseits der Eindruck, dass niemand die Lage wirklich unter Kontrolle hat. Aber auch in der Schweiz war noch selten so unabsehbar und unklar, wie ein Mehrheitskonsens gefunden werden kann. Der 9. Februar 2014 hat eine innere Zäsur geschaffen. Inzwischen kennen wir das Ansinnen des Bundesrates, die Masseneinwanderungs-Initiative wörtlich

umzusetzen. Unklar ist: fährt er damit eine Konfliktstrategie oder meint er, damit die EU besser zu einer Lösung bewegen zu können? Demgegenüber plädieren die Grünen für ein Konzept der flexiblen Umsetzung, wie es auch Avenir Suisse und Altstaatssekretär Ambühl propagieren, das bereits bei der Alpeninitiative zum Zuge kam. Alle sind sich indessen einig, dass die Zukunft der Personenfreizügigkeit und des bilateralen Weges letztlich in einer zweiten Volksabstimmung entschieden werden muss. Sie wird in spätestens drei Jahren über die Bühne gehen müssen. Offen ist, ob wir dann über ein Referendum oder eine Initiative abstimmen werden, und wenn über ein Referendum, welcher Seite die Gegnerposition zugespielt wird. Das hängt wesentlich auch davon ab, zu welchem Verhandlungsergebnis der Bundesrat mit der EU gelangen wird. Der Ausgang der Verhandlungen erscheint angesichts der neuen Führung der EU als offen. Keine gute Idee indessen ist, nun mit einer Volksinitiative zu versuchen, den Entscheid vom 9. Februar rückgängig zu machen, wie das von verschiedenen Seiten propagiert wird. Denn dazu bräuchte es ein Ständemehr und dies ist auch bei einem Kippen des Volksmehrs alles andere als gewiss. Eine zweite Niederlage auch nur im Ständemehr erweise sich freilich als verheerend. Niemand kann heute sagen, wer aus diesen Ausmarchungen als Sieger hervorgehen wird. Heute befürchten viele, es sei die SVP. Es könnte aber genauso gut sein, dass mit dem 9. Februar ihr vielleicht auch nur langsam beginnender Niedergang seinen Anfang nahm. Nur eines ist offensichtlich: Wer sich vorschnell als grosser Player aufspielt, kann alsbald zur grossen Niete werden.

Daniel Vischer